

Thomas Heberer (Hrsg.)

Mao Zedong – Der unsterbliche Revolutionär? Versuch einer kritischen Neubewertung anlässlich des 100. Geburtstages

Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 247

Institut für Asienkunde, Hamburg, 1995, 221 S., DM 28,--

Heinrich M. Umbach

Die Demokratischen Parteien Chinas im Schatten der Kommunistischen Partei

Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 248

Institut für Asienkunde, Hamburg, 1995, 230 S., DM 34,--

Mao Zedong, politisch-militärischer Führer in einem Kampf, der – über lange Strecken zugleich – Bürgerkrieg mit der Kuomintang und Verteidigung gegen Japan war, hat nach Errichtung der Volksrepublik (VR) China im Jahr 1949 noch mehr das neue Regime der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) geformt, in dem er bis zu seinem Tod 1976 weitgehend unangefochten den Kurs bestimmte. Neben ihm durfte – ganz wie im traditionellen Motto "*tian wu liang ri, guo wu liang jun*" (Am Himmel gibt es nicht zwei Sonnen, im Staat nicht zwei Herrscher) – keine andere politische Macht bestehen, weder in der KPCh noch außerhalb. Seine Leistungen in den kriegerischen Jahren vor 1949 und seine erschreckenden Irrwege danach erschweren das Urteil über seine Stellung in "der Geschichte", mehr noch in der VR China selbst, wo die herrschende KPCh in jedem Verdikt über Mao zugleich das eigene Regiment bewertet sieht. Als atrophierter Rest pluralistischer Elemente des republikanischen *ancien régime* begleiten die – pikanterweise auch im Sprachgebrauch der VR China so genannten – "demokratischen Parteien" (*minzhu dangpai*), die neben der KPCh, diese als geduldete Gruppen im Gefüge des "sozialistischen Staats volksdemokratischer Diktatur auf Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern und unter Führung der Arbeiterklasse" (Artikel 1 Absatz 1 der Verfassung vom 4. Dezember 1982). Die Sujets beider Bücher kennzeichnen so materielle Gegenpole im politischen System der VR China. Neu auflebende Mao-Verehrung in den frühen 90er Jahren ebenso wie die Rolle der "demokratischen Parteien" im offiziellen Werben der VR China um chinesische Investoren aus Hongkong, Taiwan und Übersee geben beiden Themen aktuelle Bedeutung.

Im von Heberer edierten Band finden sich die erweiterten Vorträge eines Symposiums an der Universität Trier vom Dezember 1993. In neun Beiträgen wird Mao aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet (Thomas Heberer, "Maos neuer langer Marsch: Von Marx und Massen zu Markt und Magie"; Thomas Scharping, "Die Mao-Ära im Rückblick: Politik und Geschichte in Memoiren und Biographien"; Wolfgang Bauer, "Maos Visionen von einer sich wandelnden Welt"; Chiao Wei, "Mao Zedong – Ein Konfuzianer?"; Oskar Weggel, "Das Recht, die Moral und der Klassenkampf: Das Traditionsdilemma in der Lehre Mao Zedongs"; Jochen Noth, "Teurer Fortschritt: Zu den gesellschaftlichen Kosten der Entwicklungsstrategie Mao Zedongs"; Klaus-Georg Riegel, "Die maoistische 'Gedanken-

reform' und Totalitarismustheorien"; *Su Shaozhi*, "Über die Neubewertung Mao Zedongs im nachmaoistischen China"; *Karl-Heinz Pohl*, "Mao Zedongs Lyrik: Form als Aussage"). Im Licht der Beiträge erscheint Mao sowohl beruhigend als auch beunruhigend redimensioniert. Seine vermutete Exzeptionalität löst sich bei näherem Hinsehen weitgehend in Vertrautes auf: den vom Rand des zeitgenössischen Bildungs- und Kulturbetriebs im damaligen China mangels Erfolgs in konventionellen Bahnen in den Protest Abgewanderten; den militärischen Führer einer auf die Bauernschaft gestützten Bewegung; den herrschenden Autokraten kaiserlichen Zuschnitts; den Kunder eines traditionellen chinesischen Superioritätsgefühls, auch wenn die herkömmlichen "Barbaren" dabei zu "Imperialisten", "Revisionisten", "Sozialimperialisten" oder "Neuen Zaren" wurden. *Plus ça change ...*

Beiträge des "Mao-Zedong-Denkens" als bleibender Zuwachs in der jahrtausendelangen philosophischen Geschichte Chinas sind schwer auszumachen. Maos majestätische Vorliebe für alte Gedichtformen – deren Nachahmung er allerdings den "Massen" entschieden nicht empfahl, und die in der "Großen Proletarischen Kulturrevolution" mit weiträumiger Vernichtung unersetzlicher chinesischer Kulturdenkmäler einherging – reiht den "Großen Lehrer" in die einheimische Tradition, als Person von Bildung oder Rang, klassische Gedichte zu verfassen. Daneben gibt die historische Figur Maos nach Lenin und Stalin ein neuerliches Beispiel für das denkschwache Judiz zahlreicher westlicher "Intellektueller", die in salonbolschewistischer oder ästhetisierend-exotisierender Entrücktheit den chinesischen Despoten der fünfziger bis siebziger Jahre als lind regierenden Philosophenkönig ausmachten oder – ärger – sich aus der komfortablen Warte einer von der "Bourgeoisie" gestifteten Universität an dem fernen neronischen Hobeln berauschten, bei dem – "hinten weit in der Türkei" – Späne "objektiv" nun einmal fallen mußten.

Vielleicht unvermeidlich wird jede überragende Gestalt verfügbar für überraschende Abstraktion. Die Retro-Verehrer Maos im China der frühen 90er sehnten sich im turbulenten Reformprozeß, der neben seinen Verlierern unter den Gewinnern ein gut Teil Durchstecher und Windbeutel erzeugte, nach einer Schlichtheit und Probität, die Mao seit 1949 tatsächlich nicht vorgelebt hat. Im Gewand parteifrommer Bejahung des "Großen Steuermanns" wurde andererseits zu gleicher Zeit Pop-Musik auf Mao-Themen und -Texte zum Renner, vielleicht gerade weil der furchteinflößende Monumentalcharakter damit im kessen Schlager als öffentlich erlaubtermaßen verharmlost und so gezähmt empfunden werden konnte, obwohl die anfangs KPCh-inspirierten Produktionen entschieden als "gesundes" Liedgut intendiert waren.

Die neuen Beiträge geben einen guten Eindruck der vielen Gesichter dieses "Mensch[en] mit seinem Widerspruch" und der prägenden Bürde, die er der Staatsverfassung der VR China hinterlassen hat.

Wesentlich weniger ins Gewicht der chinesischen politischen und Verfassungsentwicklung nach 1949 fallen die "demokratischen Parteien" in der hilfreichen Studie von *Umbach*. Nach Errichtung der Volksrepublik China in Peking im Jahr 1949, gerade in der Zeit, als die "Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes" (PKCV) als Einheitsfront-

instrument, vor Schaffung des "Nationalen Volkskongresses" durch die Verfassung von 1954, zugleich oberstes Gesetzgebungsorgan war, bekleideten Angehörige dieser nicht-kommunistischen Parteien noch einige hohe Staatsämter. Nach der "Hundert-Blumen-Kampagne" Maos vom April 1956 und der dann folgenden "Anti-Rechts-Kampagne", in der auch die nicht-kommunistischen Kritiker des Regimes für ihre während der "Hundert-Blumen"-Periode geäußerte Unzufriedenheit büßen mußten, verringerte sich die Teilnahme dieser Parteien am politischen Prozeß der VR China schlagartig. Sie ist bis heute, wesentlich in der fortbestehenden PKCV, marginal geblieben. Die ausländische Aufmerksamkeit für die von diesen Parteien wesentlich beförderten Ansätze öffentlicher Debatte in den späten 80er Jahren über Für und Wider des Yangtse-Schluchten-Staudamm-Projekts kennzeichnet nur den sonst winzigen Einfluß dieser Gruppen auf die Politik der KPCh. Als Überbleibsel der Volksfrontphase vor Gründung und während der Anfangszeit der VR China sind die "demokratischen Parteien" nicht gleichgestellte Mitspieler im politischen Prozeß, sondern Repräsentanten von durch die KPCh damals umworbene Teile der Gesellschaft; das erste der staatstragenden "Vier Prinzipien" aus der Präambel der Verfassung von 1982 – die Führung durch die KPCh – schließt jeden verfassungsmäßigen Machtwechsel bis heute aus. Der zeitliche Abstand zu den Anfängen der VR China hebt den Fortbestand der alten Volksfront-Funktion stetig auf. Die Brücken-Rolle zu nach 1949 nach Hongkong, Taiwan oder Übersee ausgewichenen Schichten und Gruppen nimmt ihrerseits in dem Umfang ab, wie in der VR China wirtschaftliche Betätigungsfelder entstehen, in denen inländische und auswärtige chinesische Partner sich ohne Beteiligung der sogenannten "patriotischen Kapitalisten" etc. aus der Zeit vor 1949 zusammenfinden können.

Die "demokratischen Parteien" bleiben derart weitgehend funktionslos. Als offen der KPCh untergeordnete Zaungäste der politischen Prozesse ist ihre Rolle nur gewunden erklärbar. Andererseits bieten sie ein potentiell – schmales – Forum von Gegenöffentlichkeit, das nicht schon von vornherein durch die "führende" Partei besetzt ist; der Wert solchen Frei-raums ist aber gering, wie der Frühling 1989 erwiesen hat. Wer in der VR China den politischen Alltag erlebt, mag von den "demokratischen Parteien" wenig bemerken. Um so mehr ist Umbachs ausführliche Studie zu begrüßen, die einen akribisch recherchierten beschreibenden und wertenden Überblick über Entstehung und Gegenwart dieser Parteien liefert. Neben dem ausführlichen Literaturverzeichnis bieten die tabellarischen Angaben zu Vorsitzenden, Mitgliederzahlen und Delegierten in der PKCV selten zu findende Daten über diese Nische der chinesischen Verfassungswirklichkeit.

Wolfgang Keßler